

## «Bäume belasten unser Budget nicht»

Der Stadtrat wirbt geschlossen für ein Ja zum zusätzlichen Finanzausgleich. Und wehrt sich gegen Kritik.

René Rödiger

Es hat Seltenheitswert, wenn der Stadtrat geschlossen zu einer Medienkonferenz antritt. Obwohl: Stadtpräsidentin Maria Pappa lässt sich per Video zuschalten, sie wurde am Dienstag an einer Sehne operiert und muss den Fuss hoch lagern. «Auf vielen Kissens», wie sie sagt. Ganz so komfortabel ist die Stadt selbst – zumindest finanziell – nicht aufgestellt. So zumindest der Tenor der Voten des gesamten Stadtrats. Denn: Die Zentrumslasten wiegen schwer. Die Stadträtinnen und Stadträte haben eingeladen, um für ein Ja zum V. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz am 18. Mai zu werben.

«Wir sind gerne Hauptstadt und sehen uns auch in der Verantwortung», sagt Markus Buschor. Die Stadt wolle Angebote haben, die attraktiv seien. Auch für alle Personen, die ausserhalb wohnen. Das nütze dem ganzen Kanton. Aber: «Unter dem Strich überwiegen die Lasten die Nutzen», so Buschor. Dem pflichtet auch Mathias Gabathuler bei: «Das sind Lasten, für welche die städtischen Steuerzahler aufkommen, aber auch alle rundherum profitieren.»

Dass die Stadt solche ungedeckten Zentrumslasten hat, sei unumstritten. Gabathuler: «Das wurde durch eine unabhängige Studie eindeutig belegt und von der Kantonsregierung und vom Kantonsparlament anerkannt.» Die Frage ist: Wer kommt dafür auf? Und mit welchem Betrag? Bei einem Ja bei der Abstimmung im Mai würde die Stadt zusätzlich 3,7 Millionen Franken



Markus Buschor, Mathias Gabathuler, Peter Jans und Sonja Lüthi (von links) erklären die Wichtigkeit des Finanzausgleichs. Bild: Michel Canonica

während der nächsten vier Jahre mit dem Finanzausgleich erhalten. «Ohne diesen Ausgleich kann die Stadt die Kosten nicht mehr tragen, es droht ein Abbau der Leistungen», sagt Gabathuler.

### «Nur gemeinsam bringen wir den Kanton weiter»

«Solidarität», «Brücken bauen», «Kompromiss» – das sind Worte, die immer wieder fallen. Peter Jans sagt: «Wenn jede Region nur immer zu Sachen Ja sagen würde, die ihr etwas bringen, würde in unserem Kanton

nichts mehr gehen.» Er betont in diesem Zusammenhang die Zustimmung der Stadtbevölkerung zu Projekten wie der Kantonsschule Wattwil, dem Klanghaus Toggenburg oder dem Forschungszentrum Rapperswil. Jans: «Nur gemeinsam bringen wir den Kanton weiter.»

Selbstverständlich habe die Stadt auch viele Zentrumsnutzen, so Sonja Lüthi. Doch laut der Stadträtin ist das kein valables Argument der Gegnerschaft: «Die Nutzen und die Standortvorteile wurden in der Studie bereits abgezogen. Zudem bezah-

len viele Institutionen in der Stadt keine Steuern, zum Beispiel das Theater, die Universität St. Gallen oder das Verwaltungsgericht.» Und viele städtische Vorteile würden auch Nachteile mit sich bringen wie Verkehrslärm und Luftverschmutzung. Lüthi: «Der vorliegende Kompromiss deckt nur einen Teil der Lasten, welche die Stadt schon lange mitträgt.»

### Nicht die Bäume sind das Problem

«Ich höre solche Sachen, wie dass wir den Finanzausgleich

nur brauchen würden, weil wir unseren Haushalt nicht im Griff hätten. Das stimmt überhaupt nicht, das hat nichts damit zu tun», so Pappa. Man wolle das Geld lediglich für jene Bereiche, von denen auch die umliegenden Gemeinden und der Kanton profitieren. Pappa: «Bei keiner anderen Gemeinde sonst wird darauf geschaut, wofür sie ihr Geld ausgibt.»

Die wiederkehrenden Kosten seien die grosse Belastung: Die ungedeckten Zentrumslasten von jährlich 36 Millionen Franken und die neuen Aufga-

### Tagblatt-Podium zum Lastenausgleich

Das «St. Galler Tagblatt» organisiert am 7. Mai im Thurpark Wattwil ein Podium zur Abstimmung über den V. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz. Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind Maria Pappa (Stadtpräsidentin St. Gallen/Kantonsrätin SP), Mathias Müller (Stadtpräsident Lichtensteig/Kantonsrat Mitte), Lukas Huber (Sekretär SVP St. Gallen/Kantonsrat SVP) und Martin Hochreutener (Gemeinderat Goldach/Kantonsrat SVP). Moderiert wird das Podium von Daniel Wirth (Leiter Stadredaktion) und Jürg Ackermann (Stv. Chefredaktor). (rr)

ben von rund 35 Millionen Franken, welche vom Kanton seit 2010 auf die Stadt überwält worden seien. Einmalige Kosten seien nicht das Problem. «Es sind nicht irgendwelche Bäume, die unser Budget belasten. Das hat nichts mit «linker» Politik zu tun», so Pappa.

Würde die Stimmbevölkerung der Vorlage eine Abfuhr erteilen, müssten Leistungen abgebaut werden, ist sich der Stadtrat einig. Pappa: «Dann müssen wir ganz genau schauen, was wir uns noch leisten können.» Und wo die Stadt die anderen Gemeinden stärker zur Kasse bitten könnte. Beispielsweise bei städtischen Vereinen, in denen die Mehrheit der Mitglieder von ausserhalb der Stadt kommen. Grundsätzlich werde aber jeder Bereich angeschaut.